

# Inhaltsübersicht

A. Das praktische Problem .....	25
B. Beteiligte und Inhalt kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	29
I. Beteiligte der Vereinbarung.....	29
II. Untersuchte Inhalte kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	30
1. Auswahl der untersuchten Gegenstände .....	30
2. Zugeständnisse der Arbeitgeberseite .....	31
3. Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite .....	34
4. Wechselwirkungen zwischen den gegenseitigen Zugeständnissen.....	36
C. Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft .....	37
I. Rechtsnatur: Tarifvertrag oder schuldrechtlicher Koalitionsvertrag? .....	37
1. Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Tarifparteien.....	37
2. Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	49
II. Grenzen der Regelungsmacht .....	72
1. Unternehmerfreiheit als materielle Grenze auch für schuldrechtliche Investitions- und Standortzusagen?.....	73
2. Mitunternehmerschaft der Gewerkschaft und Verlust der Gegnerfreiheit? .....	85
3. Fehlendes unternehmerisches Risiko der Gewerkschaft.....	88
4. Europarechtliche Grenzen von Investitions- und Standortzusagen .....	89
5. Unternehmerfreiheit als Grenze des tariflichen Kündigungsverzichts .....	90
6. Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Arbeitszeitregelungen.....	91
7. Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Entgeltkürzungen.....	102
III. Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	103
1. Schuldrechtlicher Koalitionsvertrag nicht erstreikbar .....	103
2. Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nicht erstreikbar .....	105

3.	Unternehmerfreiheit als zusätzliches Kampfverbot bei Investitions- und Standortzusagen.....	109
4.	Beeinflussung des Unternehmerverhaltens als verstecktes Kampfziel .....	110
5.	Niederlassungsfreiheit nach Artt. 49, 54 AEUV als Schranke des Streikrechts.....	120
6.	Kollektive Ausübung von Individualrechten .....	121
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft .....	121
D.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft .....	123
E.	Vereinbarungen der Betriebspartner.....	125
I.	Rechtsnatur .....	125
1.	Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Betriebspartner .....	125
2.	Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	127
II.	Grenzen der Regelungsmacht .....	140
1.	§ 113 BetrVG: Zwingende Unverbindlichkeit von Investitions- und Standortzusagen? .....	140
2.	Tarifvorrang nach § 87 Abs. 1 Eingangssatz BetrVG und Tarifsperr nach § 77 Abs. 3 BetrVG.....	146
3.	Bei grenzüberschreitendem Bezug: Keine Bevorzugung deutscher Unternehmensstandorte gegenüber solchen im EU-Ausland.....	147
4.	Sonstige Grenzen wie bei Vereinbarungen der Tarifpartner .....	149
III.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch den Betriebsrat .....	149
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen den Betriebspartnern.....	151
F.	Vereinbarungen zwischen Gewerkschaft und einem künftigen Investor .....	153
I.	Rechtsnatur der Vereinbarung .....	153
1.	Wechsel der Arbeitgeberstellung beim Asset Deal .....	153
2.	Kontinuität der Arbeitgeberstellung beim Share Deal .....	154
3.	Arbeitgeberstellung bei übertragender Umwandlung.....	154
II.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	155

G. Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und einem künftigen Investor .....	157
H. Mehrgliedrige Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber, Gewerkschaft, Betriebsrat und sonstigen Parteien.....	159
I. Gemeinsames Vorgehen aller Interessensträger .....	159
II. Beteiligte der Vereinbarung.....	159
III. Rechtsnatur mehrgliedriger Vereinbarungen .....	160
1. Verbindung getrennter Vereinbarungen in einer Urkunde .....	160
2. Einheitliche Vereinbarung mehrerer Parteien.....	161
IV. Grenzen der Regelungsmacht im Rahmen mehrgliedriger Vereinbarungen.....	163
1. Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei Beteiligung von Gewerkschaft und Betriebsrat .....	163
2. Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei mehrgliedrigen Vereinbarungen auf derselben Normebene.....	168
I. Durchsetzung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	169
I. Primäransprüche der Arbeitnehmerseite .....	169
1. Erfüllung der Investitionsverpflichtung .....	169
2. Unterlassung abweichenden Investitionsverhaltens .....	173
3. Unterlassung der Standortschließung oder -verlagerung .....	174
4. Unterlassung betriebsbedingter Kündigungen.....	175
II. Einwendungen und Einreden des Arbeitgebers .....	175
1. Ausschluss des Leistungsanspruchs gem. § 275 Abs. 1 BGB... ..	176
2. Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers nach § 275 Abs. 2 BGB.....	177
III. Sekundäransprüche der Arbeitnehmerseite.....	179
1. Arbeitsplatzverlust einzelner Arbeitnehmer infolge Nichterfüllung der Investitions- oder Standortzusage: Kein Schadensersatz gem. §§ 280ff. BGB.....	179
2. Rückgewähr von Arbeitnehmeropfern bei Nichterfüllung des Investitionsversprechens?.....	181
3. Fazit: Bedürfnis nach vertraglichen Lösungen .....	188
IV. Ansprüche des Arbeitgebers.....	188
J. Vertragliche Sanktionsmechanismen als Alternative zu fehlenden Primär- und Sekundäransprüchen.....	191
I. Vertragsstrafen als Druckmittel für die Erfüllung schuldrechtlicher Investitionszusagen .....	191

1.	Verhaltenslenkung als Zweck des Strafversprechens .....	191
2.	Rechtsnatur von Vertragsstrafenvereinbarungen .....	193
3.	Verwirkung der Strafe .....	197
4.	Grenzen von Strafvereinbarungen .....	204
5.	Kontrolle des Strafverlangens .....	210
II.	Aufschiebend bedingte Arbeitnehmeropfer bei Investitionsobliegenheit .....	212
III.	Vertragliche Rückabwicklungsklauseln bei Vorleistung der Arbeitnehmer .....	213
1.	Gerechter Ausgleich von Leistungsstörungen als Zweck von Rückabwicklungsklauseln .....	213
2.	Mögliche Rückabwicklungsmodalitäten .....	215
3.	Kein Einwendungsdurchgriff .....	216
IV.	Kombination von Strafe und vertraglichem Rückabwicklungsanspruch .....	217
K.	Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit einzelner Regelungskomplexe .....	219
I.	Schicksal der Arbeitgeberverpflichtungen bei Unwirksamkeit der Arbeitnehmeropfer .....	219
II.	Schicksal der Arbeitnehmeropfer bei Unwirksamkeit von Arbeitgeberzugeständnissen .....	222
III.	Mehrgliedrige Vereinbarungen: Schicksal der nichtbetroffenen Vereinbarung bei Unwirksamkeit der anderen .....	223
IV.	Auswirkungen eines unwirksamen Strafversprechens .....	224
L.	Beendigung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	227
I.	Keine Nachwirkung gem. § 4 Abs. 5 TVG, § 77 Abs. 6 BetrVG .....	227
II.	Beendigung durch Zeitablauf, auflösende Bedingung oder einvernehmliche Aufhebung .....	229
III.	Kein automatischer Untergang der schuldrechtlichen Arbeitgeberzusagen durch Ablösung der Arbeitnehmeropfer .....	230
IV.	Beendigung durch Anfechtung .....	231
V.	Beendigung durch Kündigung .....	232
1.	Kündigungsberechtigte .....	232
2.	Beendigung durch ordentliche Kündigung .....	233
3.	Beendigung durch außerordentliche Kündigung .....	234
4.	Beendigungsmöglichkeit nicht abdingbar .....	240

VI.	Schicksal der Investitionsvereinbarung in der Insolvenz .....	241
1.	Kein Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters.....	241
2.	Erfüllungsverweigerung durch den Insolvenzverwalter .....	242
3.	Betriebsbedingte Kündigungen durch den Insolvenzverwalter .....	243
VII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Betriebsübergang .....	244
1.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft .....	244
2.	Vereinbarungen der Betriebsparteien.....	246
VIII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Umwandlung.....	247
M.	Thesenartige Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	249
Literaturverzeichnis .....		255
Praxisvereinbarungen.....		255
Literatur.....		255

# Inhaltsverzeichnis

A. Das praktische Problem .....	25
B. Beteiligte und Inhalt kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen ....	29
I. Beteiligte der Vereinbarung.....	29
II. Untersuchte Inhalte kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	30
1. Auswahl der untersuchten Gegenstände .....	30
2. Zugeständnisse der Arbeitgeberseite .....	31
a) Zusage konkreter Investitionsmaßnahmen.....	31
b) Befristeter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen...	32
c) Sanierungsanteil des Managements .....	33
d) Formwechsel.....	33
e) Standortgarantie .....	34
3. Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite .....	34
a) Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich.....	34
b) Lohnkürzung bei unveränderter Arbeitszeit .....	35
c) Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechend verringerter Vergütung .....	35
4. Wechselwirkungen zwischen den gegenseitigen Zugeständnissen.....	36
C. Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft .....	37
I. Rechtsnatur: Tarifvertrag oder schuldrechtlicher Koalitionsvertrag? .....	37
1. Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Tarifparteien.....	37
a) Normative Regelungen in Tarifverträgen.....	37
aa) Individualnormen .....	38
bb) Betriebsbezogene Normen .....	39
cc) Doppelnormen.....	40
b) Schuldrechtliche Regelungen in Tarifverträgen .....	40
c) Schuldrechtlicher Koalitionsvertrag .....	41
aa) Abgrenzung vom schuldrechtlichen Tarifvertrag: Reichweite der schuldrechtlichen Tarifmacht .....	41

bb)	Keine Verdrängung der allgemeinen Vertragsfreiheit durch die schuldrechtliche Tarifmacht .....	46
cc)	Fazit zum schuldrechtlichen Koalitionsvertrag.....	49
2.	Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	49
a)	Investitionsvereinbarung als schuldrechtlicher Koalitionsvertrag .....	49
aa)	Investitionszusage keine Individualnorm .....	50
bb)	Investitionszusage keine Betriebsnorm .....	50
aaa)	Unternehmerfreiheit als Auslegungsschranke bei der Umfangsbestimmung der Tarifautonomie .....	50
bbb)	Schutzbereich der Unternehmerfreiheit .....	51
i.	Grundlage in Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 oder Art. 2 Abs. 1 GG? .....	51
ii.	Persönlicher Schutzbereich der Unternehmerfreiheit .....	52
iii.	Sachlicher Schutzbereich der Unternehmerfreiheit .....	53
ccc)	Eingriff durch Erstreckung der Tarifmacht auf unternehmerische Grundentscheidungen.....	53
ddd)	Keine Eingriffsrechtfertigung: Ausgleich von Unternehmerfreiheit und Tarifautonomie im Wege praktischer Konkordanz .....	54
cc)	Fazit: Investitionszusage nur als außertarifliche Vereinbarung.....	60
b)	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen als Betriebsnorm.....	60
c)	Arbeitszeitregelung als Inhaltsnorm .....	63
d)	Entgeltregelung als Inhaltsnorm.....	68
e)	Sanierungsanteil des Managements i.d.R. als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung .....	69
f)	Formwechselversprechen als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung .....	70
g)	Standortgarantie als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung .....	71

h)	Fazit: typengemischte Vereinbarung mit tariflichen und allgemein-schuldrechtlichen Elementen .....	72
II.	Grenzen der Regelungsmacht .....	72
1.	Unternehmerfreiheit als materielle Grenze auch für schuldrechtliche Investitions- und Standortzusagen?.....	73
a)	Grundrechtsverzicht als Grundrechtsausübung.....	73
b)	Unverzichtbarkeit der Unternehmerfreiheit gem. § 113 BetrVG? .....	74
c)	Investitions- und Standortzusagen als sittenwidrige Knebelung des Arbeitgebers i.S.d. § 138 BGB?.....	76
d)	§ 76 AktG als Grenze für Investitions- und Standortzusagen? .....	79
e)	Keine Schranken im GmbH-Recht .....	83
f)	Keine Schranken im Recht der Personengesellschaften .....	84
g)	Fazit zur Disponibilität der Unternehmerfreiheit.....	84
2.	Mitunternehmerschaft der Gewerkschaft und Verlust der Gegnerfreiheit?.....	85
3.	Fehlendes unternehmerisches Risiko der Gewerkschaft.....	88
4.	Europarechtliche Grenzen von Investitions- und Standortzusagen .....	89
a)	Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV .....	89
b)	Niederlassungsfreiheit, Artt. 49, 54 AEUV .....	90
5.	Unternehmerfreiheit als Grenze des tariflichen Kündigungsverzichts .....	90
6.	Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Arbeitszeitregelungen.....	91
a)	Vorübergehende Arbeitszeitreduzierung tariflich regelbar? .....	91
aa)	Kurzarbeitsregelung als Höchststarbeitsbedingung ...	91
bb)	Beschäftigungssicherung als Eingriffsrechtfertigung.....	93
cc)	Kurzarbeit keine Teilzeitarbeit.....	95
dd)	Keine Relevanz des Günstigkeitsprinzips.....	96
ee)	Zulässiger Reduzierungsumfang .....	97
ff)	Fazit zur Arbeitszeitreduzierung .....	97
b)	Vorübergehende Arbeitszeitverlängerung tariflich regelbar? .....	98

aa)	Mehrarbeitsregelung als Mindestarbeitsbedingung .....	98
bb)	Beschäftigungssicherung als Eingriffsrechtfertigung.....	99
cc)	Keine Verletzung des § 8 TzBfG .....	100
dd)	Keine Relevanz des Günstigkeitsprinzips.....	100
ee)	Zulässiger Verlängerungsumfang.....	102
ff)	Fazit zur Anordnung von Mehrarbeit .....	102
7.	Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Entgeltkürzungen.....	102
III.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	103
1.	Schuldrechtlicher Koalitionsvertrag nicht erstreikbar .....	103
2.	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nicht erstreikbar .....	105
a)	Keine umfassende Erzwingbarkeit von Tarifinhalten.....	105
b)	Grundrechtsbindung der Tarifparteien .....	106
c)	Zurücktreten des Streikrechts gegenüber der unternehmerischen Freiheit .....	107
3.	Unternehmerfreiheit als zusätzliches Kampfverbot bei Investitions- und Standortzusagen .....	109
4.	Beeinflussung des Unternehmerverhaltens als verstecktes Kampfziel.....	110
a)	Alibistreik um tarifliche Sozialplaninhalte.....	110
aa)	Abschluss einer Investitionsvereinbarung als wahres Streikziel .....	110
bb)	Rechtskontrolle der wahren Streikziele .....	113
cc)	Fazit: Alibistreiks unzulässig.....	118
b)	Rechtswidrige Koppelung zulässiger Streikziele mit „Investitionsobliegenheiten“ .....	119
5.	Niederlassungsfreiheit nach Artt. 49, 54 AEUV als Schranke des Streikrechts.....	120
6.	Kollektive Ausübung von Individualrechten .....	121
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft .....	121
D.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft .....	123
E.	Vereinbarungen der Betriebspartner.....	125
I.	Rechtsnatur.....	125

1.	Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Betriebspartner .....	125
a)	Regelungsinstrumente: Betriebsvereinbarung, Regelungsabrede, Interessenausgleich .....	125
b)	Funktionelle Zuständigkeit des Betriebsrats.....	126
2.	Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	127
a)	Investitionszusage als Regelungsabrede.....	127
b)	Standortgarantie als Regelungsabrede .....	130
c)	Arbeitszeitregelungen nur eingeschränkt als Betriebsvereinbarung möglich.....	131
d)	Entgeltregelungen: Spielraum für Betriebsvereinbarungen.....	135
e)	Sanierungsanteil des Managements außerhalb der funktionellen Zuständigkeit des Betriebsrats.....	137
f)	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen als freiwillige Betriebsvereinbarung.....	137
g)	Formwechselzusage außerhalb der funktionellen Zuständigkeit des Betriebsrats .....	138
h)	Fazit: typengemischte Vereinbarung mit normativen und schuldrechtlichen Elementen .....	140
II.	Grenzen der Regelungsmacht .....	140
1.	§ 113 BetrVG: Zwingende Unverbindlichkeit von Investitions- und Standortzusagen?.....	140
2.	Tarifvorrang nach § 87 Abs. 1 Eingangssatz BetrVG und Tarifsperr nach § 77 Abs. 3 BetrVG.....	146
3.	Bei grenzüberschreitendem Bezug: Keine Bevorzugung deutscher Unternehmensstandorte gegenüber solchen im EU-Ausland.....	147
4.	Sonstige Grenzen wie bei Vereinbarungen der Tarifpartner .....	149
III.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch den Betriebsrat .....	149
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen den Betriebspartnern.....	151
F.	Vereinbarungen zwischen Gewerkschaft und einem künftigen Investor .....	153
I.	Rechtsnatur der Vereinbarung .....	153
1.	Wechsel der Arbeitgeberstellung beim Asset Deal .....	153

2.	Kontinuität der Arbeitgeberstellung beim Share Deal .....	154
3.	Arbeitgeberstellung bei übertragender Umwandlung.....	154
II.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	155
G.	Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und einem künftigen Investor .....	157
H.	Mehrgliedrige Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber, Gewerkschaft, Betriebsrat und sonstigen Parteien.....	159
I.	Gemeinsames Vorgehen aller Interessensträger .....	159
II.	Beteiligte der Vereinbarung.....	159
III.	Rechtsnatur mehrgliedriger Vereinbarungen .....	160
1.	Verbindung getrennter Vereinbarungen in einer Urkunde .....	160
2.	Einheitliche Vereinbarung mehrerer Parteien.....	161
IV.	Grenzen der Regelungsmacht im Rahmen mehrgliedriger Vereinbarungen .....	163
1.	Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei Beteiligung von Gewerkschaft und Betriebsrat .....	163
2.	Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei mehrgliedrigen Vereinbarungen auf derselben Normebene.....	168
I.	Durchsetzung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	169
I.	Primäransprüche der Arbeitnehmerseite .....	169
1.	Erfüllung der Investitionsverpflichtung .....	169
a)	Anspruchsinhalt: Fehlende Bestimmtheit hindert Durchsetzung.....	169
b)	Prozessuales.....	171
2.	Unterlassung abweichenden Investitionsverhaltens .....	173
3.	Unterlassung der Standortschließung oder -verlagerung.....	174
4.	Unterlassung betriebsbedingter Kündigungen.....	175
II.	Einwendungen und Einreden des Arbeitgebers .....	175
1.	Ausschluss des Leistungsanspruchs gem. § 275 Abs. 1 BGB.....	176
2.	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers nach § 275 Abs. 2 BGB.....	177
III.	Sekundäransprüche der Arbeitnehmerseite.....	179
1.	Arbeitsplatzverlust einzelner Arbeitnehmer infolge Nichterfüllung der Investitions- oder Standortzusage: Kein Schadensersatz gem. §§ 280ff. BGB.....	179

2.	Rückgewähr von Arbeitnehmeropfern bei Nichterfüllung des Investitionsversprechens?.....	181
a)	Kein Schadensersatz gem. §§ 280ff. BGB.....	181
b)	Keine Rückabwicklung gem. §§ 323, 346ff. BGB.....	181
aa)	Anwendbarkeit der §§ 346ff. BGB auf Tatbestandsseite.....	182
bb)	Anwendbarkeit der §§ 346ff. BGB auf Rechtsfolgensseite.....	184
c)	Keine Rückabwicklung gem. § 326 Abs. 1, 4 BGB i.V.m. §§ 346ff. BGB bzw. § 326 Abs. 5 BGB i.V.m. §§ 323, 346ff. BGB bei Unmöglichkeit der Investitionsleistung.....	186
d)	Keine Ansprüche aus Bereicherungsrecht.....	187
3.	Fazit: Bedürfnis nach vertraglichen Lösungen.....	188
IV.	Ansprüche des Arbeitgebers.....	188
J.	Vertragliche Sanktionsmechanismen als Alternative zu fehlenden Primär- und Sekundäransprüchen.....	191
I.	Vertragsstrafen als Druckmittel für die Erfüllung schuldrechtlicher Investitionszusagen.....	191
1.	Verhaltenslenkung als Zweck des Strafversprechens.....	191
2.	Rechtsnatur von Vertragsstrafenvereinbarungen.....	193
a)	Strafversprechen des Einzelarbeitgebers gegenüber der Gewerkschaft.....	193
b)	Strafversprechen des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat.....	193
3.	Verwirkung der Strafe.....	197
a)	Freie Vereinbarkeit der strafauslösenden Bedingung.....	197
b)	Bestimmtheit der Strafabrede.....	198
c)	Arbeitgeberverschulden als unabdingbare Voraussetzung des Strafverfalls.....	200
d)	Unmöglichkeit der Investitionsleistung: Auswirkungen auf die Strafe.....	201
aa)	Nachträgliche Unmöglichkeit: Strafverfall bei Verschulden.....	201
bb)	Kein Strafverfall bei anfänglicher Unmöglichkeit.....	202
cc)	Keine Unmöglichkeit bei Finanzierungsproblemen.....	203

e)	Verhältnis von Erfüllung und Strafe .....	203
4.	Grenzen von Strafvereinbarungen .....	204
a)	Akzessorische Unwirksamkeit des Strafversprechens gem. § 344 BGB.....	204
b)	Unwirksamkeit des Strafversprechens gem. § 138 BGB.....	205
aa)	Keine Kontrollsperrung des § 343 BGB hinsichtlich der Strafhöhe .....	205
bb)	Strafhöhe als Sittenwidrigkeitsmerkmal.....	205
cc)	Keine eigenständige Bedeutung der Unternehmerfreiheit .....	209
c)	Keine Begrenzung der Strafhöhe entsprechend § 23 Abs. 3 Satz 5 BetrVG.....	209
5.	Kontrolle des Strafverlangens .....	210
a)	Grundsätzlich keine geltungserhaltende Reduktion gem. § 343 BGB.....	210
b)	Ermessenskontrolle bei Verhängung der Strafe durch die Arbeitnehmerseite oder Dritte.....	211
c)	Ausnahmsweise Unwirksamkeit des Strafverlangens gem. § 242 BGB.....	211
II.	Aufschiebend bedingte Arbeitnehmeropfer bei Investitionsobliegenheit .....	212
III.	Vertragliche Rückabwicklungsklauseln bei Vorleistung der Arbeitnehmer .....	213
1.	Gerechter Ausgleich von Leistungsstörungen als Zweck von Rückabwicklungsklauseln .....	215
2.	Mögliche Rückabwicklungsmodalitäten .....	215
3.	Kein Einwendungsdurchgriff.....	216
IV.	Kombination von Strafe und vertraglichem Rückabwicklungsanspruch .....	217
K.	Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit einzelner Regelungskomplexe .....	219
I.	Schicksal der Arbeitgeberverpflichtungen bei Unwirksamkeit der Arbeitnehmeropfer .....	219
II.	Schicksal der Arbeitnehmeropfer bei Unwirksamkeit von Arbeitgeberzugeständnissen .....	222
III.	Mehrgliedrige Vereinbarungen: Schicksal der nichtbetroffenen Vereinbarung bei Unwirksamkeit der anderen.....	223

IV.	Auswirkungen eines unwirksamen Strafversprechens .....	224
L.	Beendigung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen .....	227
I.	Keine Nachwirkung gem. § 4 Abs. 5 TVG, § 77 Abs. 6 BetrVG .....	227
II.	Beendigung durch Zeitablauf, auflösende Bedingung oder einvernehmliche Aufhebung .....	229
III.	Kein automatischer Untergang der schuldrechtlichen Arbeitgeberzusagen durch Ablösung der Arbeitnehmeropfer .....	230
IV.	Beendigung durch Anfechtung .....	231
V.	Beendigung durch Kündigung .....	232
1.	Kündigungsberechtigte .....	232
2.	Beendigung durch ordentliche Kündigung .....	233
3.	Beendigung durch außerordentliche Kündigung .....	234
a)	Abgrenzung der Kündigungsmöglichkeiten nach § 313 Abs. 3 Satz 2 BGB und § 314 BGB .....	234
b)	Mögliche Kündigungsgründe .....	236
aa)	Arbeitnehmerseite: insbesondere Leistungsstörungen .....	236
bb)	Arbeitgeberseite: insbesondere wirtschaftliche Schwierigkeiten .....	237
cc)	Unwirksamkeit einer von mehreren Parallelvereinbarungen .....	240
4.	Beendigungsmöglichkeit nicht abdingbar .....	240
VI.	Schicksal der Investitionsvereinbarung in der Insolvenz .....	241
1.	Kein Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters .....	241
2.	Erfüllungsverweigerung durch den Insolvenzverwalter .....	242
3.	Betriebsbedingte Kündigungen durch den Insolvenzverwalter .....	243
VII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Betriebsübergang .....	244
1.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft .....	244
2.	Vereinbarungen der Betriebsparteien .....	246
VIII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Umwandlung .....	247
M.	Thesenartige Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	249
	Literaturverzeichnis .....	255
	Praxisvereinbarungen .....	255
	Literatur .....	255